

Presseerklärung zum israelischen Angriff auf die Friedensflotte nach Gaza

Verehrte Damen und Herren,

am Morgen des 31. Mai wachte die Weltgemeinschaft mit Berichten über einen unmenschlichen Angriff auf eine Friedensflotte nach Gaza auf. Auf den Schiffen befanden sich Menschen aus 32 Nationen, um lebensnotwendige humanitäre Hilfsgüter nach Gaza zu bringen. Dabei standen sie einem blutigen Angriff der israelischen Armee in internationalen Gewässern gegenüber, die unter keiner staatlichen Hoheitsgewalt stehen.

Einige der Menschenrechtsaktivisten auf dem Schiff wurden durch israelische Kommandosoldaten getötet, Dutzende wurden verletzt, hunderte wurden verhaftet. Für die bei diesem Angriff Getöteten beten wir um Gottes Barmherzigkeit, kondolieren ihren Familien und hoffen auf eine schnelle Genesung der Verletzten.

Die unterzeichnenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs) verurteilen diesen blutigen Angriff Israels auf Zivilisten auf das Schärfste und werten den Angriff als einen Versuch, die Friedensbemühungen zu sabotieren. Diese Gräueltat war eine Missachtung des Völkerrechts und eine unerklärliche Gewalttat, die grundlegende menschliche Werte missachtet.

Die Reaktion der UNO und anderer internationaler Organisationen und Institutionen waren zwar angemessen und richtig. Es ist aber auch klar, dass Israel die Resolutionen der Vereinten Nationen bisher nicht anerkannt hat. Die internationale Gemeinschaft darf sich nicht mit einer Verurteilung begnügen, sondern muss das rechtlich Notwendige gegen Israel ergreifen, solange diese nicht das internationale Völkerrecht anerkennt. Das internationale Völkerrecht hat seine Gültigkeit für alle Staaten und kein Staat steht über diesem Recht.

Die NGOs, die diese Erklärung tragen, lehnen jegliche Gewalt, Radikalismus und Rassismus unabhängig von Religion, Sprache und Nationalität ab und rufen im Namen eines gemeinsamen Gewissens der Menschheit die Öffentlichkeit dazu auf:

Die israelische Regierung muss sich schon aus Achtung vor dem eigenen Volk wegen dieser blutigen Aktion bei der Weltöffentlichkeit entschuldigen.

Die Menschenrechtsaktivisten in der Friedensflotte stehen für das gemeinsame Gewissen der Menschheit. Sie müssen ausnahmslos mit ihren Schiffen auf der Stelle freigelassen werden. Die Familien der Getöteten, die Verwundeten und die Schiffseigner müssen im Sinne des Völkerrechts entschädigt werden.

Israel darf die humanitäre Hilfe für das palästinensische Volk nicht weiter behindern.

Israel muss seine selbsternannte Sonderrolle in der Weltöffentlichkeit aufgeben. Dieser blutige Angriff muss von einer durch die Vereinten Nationen eingesetzte unabhängige Kommission untersucht, die Schuldigen benannt und vor Gericht gestellt werden.

Die Weltöffentlichkeit darf zudem nicht weiterhin ihre Augen vor der menschlichen Katastrophe in Gaza verschließen.

Israel muss sich endlich an die Resolutionen der Vereinten Nationen halten und die Blockade gegenüber Gaza sofort beenden. Die Besatzung des palästinensischen Staates muss ein Ende haben und das palästinensische Volk seine Freiheit erhalten.

Wir appellieren insbesondere an die deutsche Öffentlichkeit:

Unter Rücksicht auf seine historische Verantwortung und seine besonderen Beziehung gegenüber Israel muss Deutschland zur Beendigung des menschlichen Dramas in Gaza alle möglichen diplomatischen Möglichkeiten einsetzen.

Unterzeichner:

ATIB - Türkisch-islamische Kulturvereine in Europa e.V.

ADV - Europäische Demokratiestiftung

ATCB – Union türkischer Caferiten in Europa

ATB – Türkische Union in Europa

ABAF - Europäische Ahli-Bayt Alevitische Föderation

AEKB – Europäische Union der Ahli Bayt Frauen

DİTİB – Türkisch-İslamische Union der Anstalt für Religion e.V.

IGMG – İslam Gemeinschaft Milli Görüş

IRH - İslamische Religionsgemeinschaft Hessen e.V.

IRD - İslamrat für die Bundesrepublik Deutschland e.V.

IHH – Internationale Humanitäre Hilfsorganisation e.V.

MÜSIAD - Verband Unabhängiger Industrieller und Unternehmer e.V.

TIDAF - Bundesverband Türkisch-Deutscher Unternehmervereine in Deutschland e.V.

UETD - Union europäisch-türkischer Demokraten e.V.

VIKZ – Verband islamischer Kulturzentren e.V.

ZMD – Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.